



Aktenverluste: Warum das Gedächtnis der Stadt einige Lücken aufweist

STADTGESCHICHTE Schwund durch Brand, politischen Umbruch, Ordnungsliebe

VON ULRICH RÄCKER-WELLNITZ

Es sind nicht nur die großen von Menschen verursachten Katastrophen wie der Zweite Weltkrieg, die zu Verlusten an Akten und Material für ein Archiv führen. Auch Brände oder Zerstörungen durch äußere Einflüsse vernichten wertvolle Unterlagen. Für das heutige Wilhelmshaven kommt dazu die Zusammenlegung der vormals selbstständigen oldenburgischen Gemeinden Bant, Heppens und Neuende zur Stadt Rüstingen, in denen zunächst Akten in je eigenen Rathäusern – lediglich Neuende hatte kein eigenes – verwahrt wurden. Denn es ist nicht auszuschließen, dass durch vermeintlich profane Vorgänge wie Umzüge und Zusammenlegungen von Dienststellen archivisch nutzbare Unterlagen verloren gingen.

Verluste dürften auch resultieren aus Aussortierungsaktionen, um in Kellern oder auf Böden Platz zu schaffen für Unterlagen neueren Datums. Außerdem hatten beide Jadestädte und später das vereinigte Wilhelmshaven Zeiten der Papierknappheit zu überstehen, in denen einseitig beschriebenes altes Schriftgut für neuen Schriftverkehr verwendet wurde.

Und schließlich darf nicht außer Betracht bleiben, dass sich auch in den Jadestädten

politische Systemwechsel vollzogen, bei denen die Vernichtung möglicherweise politisch unliebsamer Unterlagen vorgenommen worden sein könnte. Allerdings sind solche Vorgänge nur indirekt zu belegen. Von daher muss die folgende Zusammenstellung ein erster Versuch sein, einen Überblick über nachgewiesene Verluste an archiwwürdigen Materialien zu ge-

den Platz auf Rückseiten von Vordrucken oder Kalenderblättern.

Im Sommer 1913 suchte die Rüstinger Verwaltung das Original des Wegeregisters, ein Verzeichnis aller in der Stadt vorhandenen Straßen und Wege. Ausweislich der handschriftlichen Notiz eines Beteiligten hatte er das gesuchte Schriftstück nie gesehen, es „fehlte schon bei

ihm die Sitzungsprotokolle vorgelegt würden“. Insbesondere sei er „auch über die Bekleidungsstelle nicht ausreichend informiert“, zudem „seien keine Akten vorhanden“, außerdem habe die Stelle einen hohen Fehlbetrag angehäuft.

Den mangelnden Bestand an Akten aus eben jenen Kriegsjahren kritisierte auch der ehemalige Rüstinger

Kämmerer und spätere Bürgermeister Wilhelmshavens, Dr. Arthur Kellerhoff. In seinem 1937 veröffentlichten Beitrag zur Geschichte Rüstingens teilte er nicht nur die Vermutung des Oldenburger Ministeriums, einzelne Akten enthielten Lücken. Vielmehr seien „in Rüstingen ganze Akten als vermeintlich unwichtig vernichtet worden.“ Er spricht hier aber nicht von politischen Säuberungen, die im Umfeld der Revolution von 1918 vorgekommen



Am 15. Oktober 1944 erlitt das Rathaus schwere Bombenschäden, es brannte aus, und der Ostflügel wurde durch Bombentreffer fast völlig zerstört. Zahlreiche Akten gingen der Nacht verloren.

FOTO: STADTARCHIV WILHELMSHAVEN

winnen und die dadurch entstehenden Lücken in der Überlieferung der Stadtgeschichte aufzuzeigen.

Schon von jeher war den Bediensteten der kommunalen Verwaltungen im Jadegebiet der sparsame Umgang mit Papier selbstverständlich. Schriftstücke wurden möglichst vollständig beschrieben, schriftliche Eingaben oder Anschreiben dienten für Notizen und Antwortentwürfe. Aktenvermerke, Hinweise oder Zeitungsausschnitte fin-

Übernahme der Banter Reg.“ (Registratur, d. V.) Glücklicherweise konnte das Register wiedergefunden werden.

Während des Ersten Weltkrieges scheint die Aktenführung einzelner Verwaltungszweige und die Aufsicht der Ratsherren darüber nicht optimal funktioniert zu haben. Oberbürgermeister (OB) Dr. Lueken bemängelte in der Magistratssitzung am 22. Oktober 1918 den mangelnden Informationsfluss an ihn, es „sei nicht ausreichend, daß

sein könnten.

Gelegentlich werden in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die freien Rückseiten von älteren Schriftstücken für interne Vorgänge genutzt. Das bleibt allerdings noch die Ausnahme und es findet sich auch keine Anweisung, generell so zu verfahren. Spürbar ist die Verschlechterung der Papierqualität in den Inflationsjahren, was Auswirkungen auf ihre Haltbarkeit und Lebensdauer hat.

Fortsetzung auf Seite 82

Krieg vernichtete viele Aktenbestände

Fortsetzung von Seite 81

Während der nationalsozialistischen Zeit ist zunächst das beengte Platzangebot Anlass für eine Räumung von Aktenböden und Dienstzimmern. Dazu ersuchte OB Renken im Juni 1935 alle Abteilungen, das in Frage kommende Material gründlich zu sichten und ihm ein „genaues Verzeichnis der zu vernichtenden Akten und Rechnungen vorzulegen“. Erst nach seiner Genehmigung durfte das Material vernichtet werden.

Seitens des Schlachthofes galten Wiegekarten und Fleischbeschau-Tagebücher bis 1924 als entbehrlich. Inwieweit bei dieser Aktion politische missliebige Akten „verloren“ gingen, ist nicht nachweisbar. Vor einer Vernichtung von „Stimmlisten aus den Wahlen vor der Machtübernahme (seit 1928)“ sollte der später zum Archivar ernannte Studienrat a. D. Grundig prüfen, ob diese „zur Aufbewahrung im städtischen Archiv geeignet“ seien. Wie seine Entscheidung ausfiel, ist nicht bekannt, sie sind nicht erhalten.

Spätestens zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wird Sparen eine wichtige Devise, die Wiederverwertung von Altpapier des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes wird im November 1939 einer Prüfung unterzogen. Dass dabei bereits für die Nachwelt interessante Unterlagen verloren gingen, ist stark zu vermuten, aber nicht zu belegen.

Der Zweite Weltkrieg mit den zahlreichen Luftangriffen, ständigen Umzügen vieler Dienststellen der Stadtverwaltung sowie Verlagerung von Akten und Material hat die größten Lücken in die Überlieferung wichtiger Unterlagen gerissen.

Im Oktober 1942 wollte die Verwaltung Gebrauch machen von einem Angebot „wertvolle Akten usw.“ in dem Salzbergwerk Neu-Staßfurt (nordöstlich von Aschersleben, d. V.) unterzubringen. Stattdessen wurden ab November 1942 Teile des Stadtarchivs nach Schloss Eulenburg/Mähren ausgelagert. Den Transport begleitete Grundig und er blieb dort bis nach Ende des Krieges.

Zum Verbleib des Archiv- und Museumsguts, darunter Akten, Bücher, Zeitungen,

Fotos und Möbel, erklärte er im Dezember 1945, dass dieses durch Brandstiftung fast vollständig vernichtet worden sei. Diese Äußerungen finden sich auch in der von ihm verfassten Chronik, in der er angibt, dass die „über 2000 Bände umfassende(n) Archivbücherei durch Brand zugrunde gegangen“ sei.

An anderer Stelle heißt es, dass neben dem Rüstringer Teil des Stadtarchivs auch das „Altwilhelmshavener Stadtarchiv“ verbrannt sei. Bemühungen ab 2003, über die deutsche Botschaft in Prag eventuell Reste der ausgelagerten Bestände aufzufinden, waren nicht von Erfolg gekrönt.

Außer nach Schloss Eulenburg sind Schriftgut und Plä-

Ein Zeitzeuge berichtete später zumindest über den Transport von Plänen der Vermessungsabteilung und Meßgeräten. Dieser Zeuge will erst einige Wochen nach Kriegsende erneut nach Wiesede gelangt sein und gibt an, dass „von allen Sachen im Ofen nur noch Asche zu sehen“ war. Dagegen heißt es im Tätigkeitsbericht des Bauverwaltungsamtes, dass „Reste der ausgelagerten Akten- und Planbestände“ zurückgeführt werden mussten. Es kann sich dabei aber durchaus um nach Rastede verlagerte Unterlagen handeln.

Einen weiteren großen Verlust an Akten hatte der Luftangriff vom 15./16. Oktober 1944 zur Folge. Dabei war u. a. das Rathaus schwer getroffen

legen, denn diese waren „beim Rathausbrand vernichtet worden“.

Ein Jahresbericht des Stadtamtes (dem Verwaltungspolizeiliche Aufgaben zufielen, später vom Ordnungsamt wahrgenommen, d. V.) weist 1948 darauf hin, dass der „größte Teil der Bürogeräte und fast das gesamte Aktenmaterial“ vernichtet war. Das Wohlfahrtsamt konnte dem Statistischen Amt 1947 keine vollständigen Angaben liefern, weil die in Wilhelmshaven lebenden Schwerbeschädigten, „besonders die aus dem Kriege 1914/18, nach der Vernichtung der Unterlagen bei der Fürsorgestelle im Okt. 1944 bisher nicht restlos wieder erfasst werden konnten“. Auch die Unterstützungsakten waren durch Kriegseinwirkung vernichtet.

Diese Auflistung ließe sich fortsetzen, zusammengefasst dürften nahezu alle Abteilungen der Kommunalverwaltung große Mengen an Unterlagen verloren haben.

Ebenfalls nicht zu beziffern ist die Fülle an Akten und anderem Material, das durch gezielte Vernichtung in den letzten Kriegstagen einer archivischen Erfassung entzogen wurde. Dazu heißt es im Verwaltungsbericht von 1952: „Durch Geheimverfugung war auch angeordnet worden, wann und wie vor der Besetzung alle Geheimsachen und wichtigen Akten vernichtet werden sollten. Das ist auch zum großen Teil geschehen.“

An solchen Vernichtungsaktionen beteiligten sich auch andere Dienststellen, deren Unterlagen heute wichtige und erhellende Quellen darstellten. Darüber berichtete die Kriminalpolizei dem OB im September 1945 in Bezug auf Ermittlung von Verbrechen an alliierten Kriegsgefangenen.

Die einzige Stelle, wo solche Unterlagen zu finden gewesen wären, „war die Geheime Staatspolizei. Diese hat aber kurz vor dem Einmarsch der Alliierten sämtliche Akten vernichtet.“ Ähnlich verfahren Arbeitsamt und Werft, bei denen in großem Umfang Unterlagen verbrannt wurden.

Fortsetzung folgt

Der Autor ist Leiter des Stadtarchivs Wilhelmshaven.



Das ehemalige Heppenser Rathaus an der Zedeliusstraße. Bei der Zusammenlegung der oldenburgischen

Gemeinden Neuende, Bant und Heppens zu Rüstringen 1911 wurden etliche Akten aussortiert. FOTO: STADTARCHIV

ne in den Ringofen einer Ziegelei in Wiesede verbracht worden. Beabsichtigt war im Juli 1943, dort „Baupolizeiakten, die Fluchtlinienpläne und die Pläne des Vermessungsamtes“ unterzubringen. Geprüft werden sollte, ob auch die „Zweitschrift der Personenstandsfälle“ und die „erbiologische Kartei des Gesundheitsamtes“ dorthin geschafft werden könnten. In welchem Umfang Material ausgelagert wurde, ist nicht genau zu belegen.

worden und in Teilen ausgebrannt. In späteren Notizen finden sich Hinweise auf den Umfang der Vernichtung. Die Bauabteilung teilte der Landesbauernschaft wenige Tage nach diesem Angriff mit, sämtliche Unterlagen zu Behelfsbauten seien durch „Feindeinwirkung“ verloren gegangen. Nach dem Grundstücksausschussprotokoll vom 29.10.1945 waren zum Anschlagwesen „unsere Akten verbrannt“. Das Personalamt musste Personalakten neu an-

Einseitig bedrucktes Papier verwenden

STADTGESCHICHTE Mangel nach Krieg führte zu Aktenverlusten und -wahrung

VON ULRICH RÄCKER-WELLNITZ

Verschiedene Umstände führten in der Vergangenheit dazu, dass wertvolle Akten der Geschichtsschreibung verloren gingen. Grund für den Schwund waren beispielsweise Aufräumarbeiten in den Verwaltungen, Kriegseinwirkungen, Zusammenlegungen von ehemals selbstständigen Gemeinden. In Wilhelmshaven und den einstmaligen oldenburgischen Nachbarkommunen war dies nicht anders, wie der Autor in „Heimat am Meer Nr. 21“ ausführte.

Zu einem erheblichen Verlust an originalen Unterlagen führten die Knappheit von Papier und seine Zweitverwertung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Im März 1946 wies der damalige Oberstadtdirektor Paffrath in einem Rundschreiben die Verwaltung an, „künftig mehr als

bisher bereits einseitig bedrucktes“ Papier zu verwenden. Außerdem machten die Papierlieferanten ihre Lieferungen an neuem Papier von der Bereitstellung entsprechender Mengen Altpapier abhängig.

Wenige Monate später forderte der Verwaltungschef alle Dienststellen auf, „ihre Akten und Vordrucke dahin zu überprüfen, ob sich noch brauchbares Schreibpapier vorfindet“. Überschüssiges Papier war dem Beschaffungsamt zur Verfügung zu stellen. Dies führte dazu, dass Akten in erheblichem Maß ausgedünnt wurden. Dazu heißt es im Tätigkeitsbericht des Beschaffungsamtes für das Jahr 1946, dass seit drei Monaten zwei Mann vom städtischen Fuhrhof damit beschäftigt seien, „aus den abgelegten Akten brauchbares einseitig beschriftetes Papier zu sam-

eln. Hierbei konnten größere Mengen ... gewonnen werden.“

Zwar prüfte ein Oberverwaltungsrat jede Akte auf Wichtigkeit oder ihre Bedeutung für Archivzwecke. Dabei dürfte aber kaum an die Langzeitaufbewahrung gedacht worden sein, denn ein Archiv gab es noch nicht wieder. Bisweilen finden sich auf den Rückseiten der neu entstandenen Schriftstücke Vorgänge, die bis in die Anfangsjahre des zwanzigsten Jahrhunderts zurückreichen.

Außerdem scheint es der Stadtverwaltung gelungen zu sein, in großem Umfang Schriftverkehr nationalsozialistischer Dienststellen zu beschaffen. Dem Schulamt wurden zahlreiche der täglichen Küchenberichte aus den von der Deutschen Arbeitsfront zuvor betreuten Lagern zugewiesen und für Protokolle ver-

wendet, andere Dienststellen fertigten Teile eines Friedensstatuts 1947 auf den gleichen Berichtsbögen.

Trotz des Verlustes des alten und noch vor der offiziellen Einrichtung eines neuen Archivs rief die Stadtverwaltung im April 1947 alteingesessene Bürger auf, „Dokumente, Bücher, Listen, Zeitungen und Photos dem Archiv zu überlassen“. Außerdem hoffte sie darauf, „aus den Akten der Werft das zu erhalten, was für die Geschichte der Stadt von Interesse ist.“

Obwohl auf der Werft Unterlagen „entsorgt“ worden waren, konnten einige Aktenstücke für das Stadtarchiv gewonnen werden. Und auch dieser wie folgende Aufrufe an die Bevölkerung zeigten Erfolge, aus privatem Besitz wurde manches Erinnerungsstück übergeben.

Fortsetzung auf Seite 88

Meldeamts-Karteikarten „überflüssig“

Fortsetzung von Seite 87

Das Ende des Krieges und des Papiermangels war aber nicht das Ende von Aussonderung und Entsorgung von Altakten. Im Frühjahr 1959 beschloss die städtische Dezerentenkonferenz die Vernichtung der „abgeschlossenen Karteikarten des Einwohnermeldeamtes aus den Jahren 1880 bis 1919, die nicht mehr gebraucht werden.“

Das Niedersächsische Staatsarchiv hatte der Vernichtung zugestimmt, wenn die Karten „nicht noch für eine spätere historische Auswertung von Bedeutung“ sein könnten. Diese Bedeutung konnte damals „nicht erkannt werden.“

Erst Jahre später, mit dem Anwachsen familienhistorischer Fragen und Forschungen wird erkennbar, welch ein

Verlust dadurch entstanden ist.

Wegen Raumknappheit ist es in der Folge wiederholt zu Aussonderungen gekommen, die nicht immer der historischen Bedeutung der vernichteten Akten gerecht wurden. Einem Wunsch nach Vergrößerung des Gesundheitsamtes 1966 stand auch die Aufbewahrungszeit des Aktenmaterials entgegen. Vor einer Zustimmung zu mehr Räumen war „vor allen Dingen zu prüfen ..., ob nicht Akten ausgesondert werden können, damit Raum frei wird.“

Auch Keller- und Bodenräume sind immer wieder auf der Suche nach Lagerflächen auf die Entbehrlichkeit von Akten durchforstet worden. Einige Aufbewahrungsflächen für Akten und anderes Material war abträglichen Einflüs-

sen ausgesetzt, was zu Verlusten durch Wasser oder Schädlingsbefall führte. Herbe Schäden richtete Ende der 1990er Jahre ein Brand in einem Verwaltungsgebäude an, es verbrannten nicht nur Unterlagen, sondern auch das Löschwasser machte Einiges unbrauchbar.

Schließlich werden mit Ablauf der Aufbewahrungsfristen viele Unterlagen in den Reißwolf gewandert sein, was man Ende 2009 für die Unterlagen zu den Brücken im Hafenbereich vermutete. Sie könnten auch beim ehemaligen Eigentümer verblieben sein.

Aller bedauerlichen Aufräum- oder Vernichtungsaktionen zum Trotz gelangen auf verschlungenen Pfaden noch heute verloren geglaubte oder nicht zu erwartende

Aktenbestände in das Stadtarchiv. Darunter befinden sich gelegentlich historische Raritäten, die zwar keine Umschreibung der Stadtgeschichte erforderlich machen, die aber das ein oder andere Detail beleuchten und so zur Beantwortung offener Fragen an unsere Vergangenheit beitragen.

Abschließend soll ein Blick in die Zukunft, die in einigen Bereichen bereits Realität ist, auf mögliche neue Verluste hinweisen. Es ist in Aussicht genommen, sämtliche Akten und Behördenschriftverkehr aus Papier in digitale Vorgänge umzuwandeln. Der technischen Speicherfähigkeit scheinen dabei keine Grenzen gesetzt zu sein – fraglich ist lediglich, ob nicht Papier die verlässlichere Speicherethode ist.